

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die Gehepalt. Colonelzeile für Arbeitsgesuche 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluss der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Bekanntmachung

Durch die zur Zeit mangelhaften Bahnverbindungen ist auch der Postverkehr außerordentlich erschwert, Postsendungen bedürfen oft 4, 5, 6 und mehr Tage, um an ihren Bestimmungsort zu gelangen.

Die Ortsgruppenvorstände werden daher ersucht, die wöchentlichen Arbeitslosenmeldungen usw. schon des Sonntags für die laufende Woche abzusenden. Auch mögen die Unterstützungsauszahlungen nicht des Samstags stattfinden, sondern auf Dienstag oder Mittwoch verlegt werden. Durch den mangelhaften Postverkehr ist es in vielen Fällen unmöglich, daß die Meldungen der Ortsgruppen und die Anweisungen und evtl. Geldsendungen der Zentrale, in einer Woche hin und zurück gelangen können.

Kranke und teilweise Beschäftigte, sowie Kriegsteilnehmer sind in den wöchentlichen Meldungen nicht aufzuführen, sondern nur die gänzlich arbeitslosen, bezugsberechtigten Mitglieder.

Serner wird nochmals darauf verwiesen, daß jede Woche sowohl ein Verzeichnis der gänzlich arbeitslosen, unterstützungsberechtigten Mitglieder, als auch ein Abrechnungsformular für Kriegsnotstandsunterstützung, die den Ortsgruppen zugesandt wurden, richtig ausgefüllt an die Zentrale einzusenden sind. Alle in den Formularen gestellten Fragen sind genau zu beantworten, nur so kann die Zentrale einen richtigen Einblick und Urteil über die Verhältnisse erhalten. Es ist auch keine Frage zu viel gestellt, eine jede erfüllt einen bestimmten Zweck.

Um unnötige Rückfragen und dadurch hervorgerufene Verzögerungen zu vermeiden, wird dringend ersucht, das Angeforderte beachten zu wollen.

Mit Verbandsgruß!

Weber,
Verbandsvorsitzender.

Arbeitslosenfürsorge

A. Vorbildliches

Der Krieg hat im allgemeinen unter der Arbeiterschaft der Ausfuhrindustrie eine besonders große Arbeitslosigkeit verursacht. Das liegt in der Natur der Sache, ist bedingt durch den ungeheuren Umfang der kriegerischen Bewickelungen, durch welche die deutsche Industrie in großem Maße vom Weltmarkt ausgeschaltet wurde. Gewiß ist man bestrebt, neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Die Unterbringung von Industriearbeitern in der Landwirtschaft zeitig kaum nennenswerte Resultate. Inwiefern der „Kriegsaussschuß“ der deutschen Industrie ausgleichend auf den Arbeitsmarkt wirken wird, bleibt abzuwarten. Nicht mit Unrecht wird in der Eingabe des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften an den Stellvertreter des Reichskanzlers ausgeführt: „Wir können den Eindruck nicht los werden, daß die von den Industriellen gebildeten Kommissionen nicht mit vollem Herzen bei der Sache sind“. Hoffentlich werden die jetzt allseits errichteten staatlichen Arbeitsnachweise erfolgreich sein in der Arbeitsvermittlung und auch Sorge tragen, daß die öffentlichen Körperschaften Arbeitsgelegenheit schaffen.

Es ist anzunehmen, daß, nachdem unsere Armeen so glänzende Siege errungen haben, und der Kampf sich in Feindesland abspielt, in Deutschland selbst die Unternehmungslust wieder anzieht. Vor allen Dingen sollten Staat, Gemeinden, Provinzialverbände, Post, Eisenbahn usw. Aufträge erteilen an die Industrie und Arbeitsgelegenheit schaffen. Das gleiche kann man von der besitzenden Klasse erwarten. Man komme nicht mit dem Einwand, daß das unmöglich sei. Wenn der Feind im Lande stünde, dann müßten noch viel größere Opfer gebracht werden und sie würden gebracht, davon sind wir fest überzeugt und durchdrungen. Es ist vaterländische Pflicht für Arbeitsgelegenheit zu sorgen.

Gewiß ist es am besten, wenn jeder Arbeit hat. Ob sich das aber allgemein erzielen läßt, erscheint uns ausgeschlossen, zum mindesten ist das sehr fraglich. In richtiger Erkenntnis dieser Sachlage hat die Landesversicherungsanstalt Berlin einen Schritt getan, der nicht nur sehr begrüßenswert ist, sondern weiteste Nachahmung verdient.

Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat nämlich ihrem Vorstand fünf Millionen Mark zur Verfügung gestellt, aus denen in Not geratene Versicherte unterstützt werden sollen. Diese Mittel sind zunächst bereit gestellt für die Familien derjenigen Versicherten, die durch Arbeitslosigkeit in Not geraten sind. In dringenden Fällen können auch die Familien der Kriegsteilnehmer eine Unterstützung erhalten.

Dieser Schritt der Landesversicherungsanstalt Berlin ist wie schon gesagt, sehr zu begrüßen und nachahmungswert. Die christlich-nationalen Arbeitervertreter in den Vorständen und Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten könnten gestützt auf die Berliner Maßnahmen ihre Versicherungsanstalten zu ähnlichen Schritten anregen. Unsere Beamten und Vorstehenden sollten die ihnen bekannten Vertreter in den Landes-

versicherungsanstalten auf die Berliner Maßnahmen hinweisen und sie erziehen, daß etwas unternommen wird. Die reichen Mittel der Landesversicherungsanstalten können keine bessere Verwendung finden, als dadurch, daß ein Teil davon zur Unterstützung der Arbeitslosen verwendet wird. Das ist ein vaterländisches Werk von ganz eminenter Bedeutung.

Aber nicht nur die Landesversicherungsanstalten können wesentlich beitragen zur Linderung der Not. Städte und Gemeinden dürfen die Arbeitslosen nicht vergessen.

Um dem bedenklichen Zustande abzuwehren, hat sich die Stadt Frankfurt als erste entschlossen, eine Arbeitslosenunterstützung in Form einer Kriegsfürsorge einzuführen. Die Frankfurter Volkszeitung berichtet darüber in ihrer Nr. vom 28. August folgendes:

„Die städtische Gemischte Kriegskommission hat Grundsätze (und Ausführungsbestimmungen) über eine Arbeitslosen-Unterstützung beraten und angenommen. Nach diesen Grundsätzen können — unter Beobachtung gewisser, billiger Voraussetzungen — Unterstützungen an folgende unselbständigen — also männlichen und weiblichen, auch kaufmännischen — Gewerbstätigen gewährt werden, die bisher nicht in öffentlicher Armenunterstützung standen und durch den Kriegszustand arbeitslos und mittellos geworden sind. Die Unterstützung beträgt nach dem Entwurf 70 Pfg. täglich für ledige, 1 Mark für verheiratete Arbeitslose; sie kann für jedes von den Arbeitslosen versorgte Kind unter 16 Jahren um 15 Pfg. bis zu dem Betrag von 1,60 Mark heraufgesetzt werden. Hat der Arbeitslose noch ein Einkommen aus anderer Quelle, so soll in der Regel die Unterstützung nur soweit zur Auszahlung kommen, daß das Gesamteinkommen bei Unverheirateten 2 Mark, bei Verheirateten ohne Kinder 2,40 Mark, bei Verheirateten mit 1 Kind 2,55 Mark, bei Verheirateten mit 2 Kindern 2,70 Mark, mit 3 Kindern 2,85 Mark, mit 4 Kindern und mehr 3 Mark nicht übersteigt. Für Einzelpersonen mit Kindern entsprechend je 40 Pfg. weniger. Ist jedoch in dem Gesamteinkommen des Arbeitslosen eine Unterstützung durch einen Berufsverein enthalten, so soll über die oben genannten Höchstätze hinaus noch die Hälfte des Betrages zur Auszahlung kommen, um welche bei voller Auszahlung der städtischen Unterstützung diese Höchstätze überschritten würden, jedoch in keinem Falle mehr wie 3,50 Mark. Sonn- und Feiertage gelten als Wochentage. Zur Durchführung der Unterstützung sind 100 000 Mark aus dem städtischen Kriegskredit bewilligt und außerdem soll aus der Zentralsammlung ein entsprechender Betrag zur Verfügung gestellt werden.“

Die Stadt Frankfurt hat mit diesem Vorhaben die Grundlage geschaffen, auf der sich allgemein eine Arbeitslosenfürsorge durchführen ließe. Die Zeitlage erfordert unbedingt eine schnelle Regelung dieser wichtigen Frage.

B. Anerkennliches

Während Frankfurt a. M. ziemlich gute Arbeit geleistet hat, beschäftigen sich zahlreiche Kommunen zur Zeit noch mit der Arbeitslosenfürsorge. Mehrere Stadtverwaltungen richteten Notstandsarbeiten ein um soweit wie möglich, die Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern. Da es aber kaum gelingen wird, alle Beschäftigungslosen unterzubringen, ist auch direkte materielle Unterstützung vorgesehen worden. Einzelne Städte wollen hierbei aber möglichst sparen. Deshalb wird der Grundsatz aufgestellt: nur jene finden Unterstützung, die von keiner anderen Seite etwas erhalten. In der Praxis heißt das nun; organisierte Arbeiter, die von ihrer Gewerkschaft Unterstützung erhalten, bekommen nichts von der Stadt. Tatsächlich haben denn, wie uns aus dem Wuppertal gemeldet wird, dort mehrere Städte beschlossene, die von den Gewerkschaften gewährte Unterstützung in Anrechnung zu bringen auf die von der Stadt evtl. zu gewährenden.

Die Gewerkschaften sollen den Stadtverwaltungen ein Verzeichnis einreichen von jenen Mitgliedern, die Arbeitslosenunterstützung beziehen. Wenngleich auch die Arbeiterschaft jetzt Opfer bringen soll und muß im Interesse des Vaterlandes so ist es uns doch unverständlich, daß man auf diese Weise die organisierten Arbeiter ganz besonders heranziehen will. Das sieht fast so aus, als sollten die organisierten Arbeiter dafür bestraft werden, daß sie früher unglücklichen Zeiten vorgehört haben, während ihre unorganisierten Kollegen sie verköhlten und als Grund für den Anschluß zur Gewerkschaft nannten: wir wollen lieber „sparen“. Wenn man den organisierten Arbeiter jetzt so behandeln will, so müßte doch mit vollem Recht verlangt werden, daß die unorganisierten Arbeiter zunächst ihre „Ersparnisse“ angreifen.

Wir vermögen beim besten Willen nicht einzusehen, weshalb jetzt ein solcher Unterschied gemacht und organisierte Arbeiter anders behandelt werden sollen wie solche, die früher nicht einsehen wollten, daß gewerkschaftlicher Zusammenschluß notwendig war und ist. Wenn heute die organisierten Arbeiter auf Grund dessen, daß sie früher einsichtig genug waren und jede Woche ihren Verbandsbeitrag zahlten einige Mark Unterstützung mehr erhalten, so sollte das kein Grund für die Kommunen sein, jetzt schnell die Unterstützungen zu kürzen. Möge man dann lieber jene Kreise noch schärfer heranziehen, die tatsächlich von der Not des Krieges wenig oder gar nichts verspürt haben. Sollten nun die betr. Stadtverwaltungen auf den Standpunkt beharren, so wäre zu empfehlen, daß für die betr. Orte von den Gewerkschaften einfach die Unterstützungen aufgehoben werden.

Zu dieser Frage wird uns von Hagen i. W. ein Vorkommnis gemeldet, welches uns tatsächlich unglücklich erschien. Die dortige Stadtverwaltung will die Arbeitslosen unterstützen; sie wendete sich an die Verbände mit dem Ersuchen, ihr die Namen

jener Arbeitslosen mitzuteilen, welche Unterstützung erhielten. Auch in Hagen sollte die Unterstützung der Gewerkschaften auf die städtische Unterstützung angerechnet werden. Auf Veranlassung des Bevollmächtigten Ernst vom Deutschen Metallarbeiterverband fand nun eine Besprechung zwischen den drei Organisationen statt, in dieser Frage gemeinsam zu handeln. Sowohl vom Vertreter des H.-D. Gewerkschaftsvereins wie auch von unserem Geschäftsführer wurde der Standpunkt eingenommen, daß unter keinen Umständen dem Ersuchen der Stadtverwaltung Folge geleistet werden dürfe. Herr Ernst äußerte keine gegenteilige Ansicht, jedoch anzunehmen war, die Gewerkschaften sind sich einig. Wie erstaunt waren nun die Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, als am nächsten Morgen in einer Besprechung mit dem Beamten der Stadt Genosse Ernst erklärte: wir sind bereit, der Stadt die Listen auszuhändigen und die notwendigen Angaben zu machen.

Und als der Vertreter der Stadt meinte „aber Herr Ernst, wenn nun die anderen Organisationen das nicht tun?“ sagte Herr Ernst: „auch dann werden wir die Liste verabsolgen“. So handelt man also, wenn vorher eine gemeinsame Besprechung stattgefunden hat und alle Organisationen glauben, man sei nun einig.

Am nächsten Tage fand eine Vollsitzung der städtischen Arbeitsnachweiskommission statt. Inzwischen schien die Stadtverwaltung eingesehen zu haben, daß man diese Maßnahme wohl nicht so krasch durchzuführen brauche. Herrn Professor Guttman erklärte namens der Stadt, wenn es auch zu keiner Einigung in dieser Frage mit den Organisationen gekommen sei, so sei das aber nicht so schlimm, wenn nun auch wirklich die organisierten Arbeiter von ihrer Gewerkschaft auch noch Unterstützung bekämen. Damit konnten die Gewerkschaftsvertreter zufrieden sein. Doch wieder nicht Herr Ernst. Er hat besonders um das Wort und erklärte erneut: wir werden unsererseits die Listen der Arbeitslosen der Stadt auszuhändigen. Wir wollen uns einer Kritik über dieses Verhalten während der regsten ersten Zeit enthalten. Umso mehr als ja die gewerkschaftliche Presse aller Richtungen schon zu erkennen gab, daß solche Maßnahmen, wie die hier kritisierten, nicht viel soziales Empfinden verraten.

Soll das Vorkommnis zum guten Ende führen für unser deutsches Vaterland, dann ist dazu selbstverständlich notwendig, das siegreiche Fortschreiten auf dem Schlachtfelde. Dazu dürfen wir bei der Gerechtigkeit der deutsch-österreichischen Sache und den Heldentaten unserer Soldaten und Kriegseitung voll Gottvertrauen sein. Die militärischen Maßnahmen können aber mit viel größerem Eifer und Ausbauen durchgeführt werden, wenn im Inlande Not und Entbehrung möglichst ferngehalten werden. Das ist möglich durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit und Unterstützung der Arbeitslosen. Ungesäumt sollte man allerorts zu Werke gehen und tun, was immer möglich ist.

Eine Rede über den Krieg

Am 31. Juli, beim Schluß des Semesters, hielt Professor Dr. Johann Plenge von der Universität Münster i. W. an die Mitglieder des Seminars für Volkswirtschaft und Verwaltung eine bemerkenswerte Ansprache, die auch für uns Arbeiter viel Beachtenswertes enthält. Herr Professor Plenge führte u. a. aus:

„Wir standen vor der Zeit in entschlossener Erwartung: Krieg oder Frieden. Wenn es denn Krieg sein muß, gib ihn uns bald. Wir haben noch nicht den Krieg, aber wir stehen in der Mobilmachung. So sind wir vom Neuesten nicht mehr weit entfernt. Dieser Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Aber nicht mir sind die Verbrecher. Ich spreche nicht von dem kleinen, elenden Serbien. Ich spreche von Rußland. Dieser Krieg, den Rußland will, ist ein Verbrechen.“

Was ist es für eine ungeheure Lüge, daß das Land der Knechtschaft und Tyrannei sich zum Verteidiger der Freiheit Serbiens aufwirft. Was ist es für eine ungeheure Lüge, daß der Zar, der am meisten vor Königsmördern zittern muß, zum Verteidiger des Fürstenmordes wird. Von ihm kann am wenigsten gesungen werden: „Nicht Roß noch Reiske schützen die steile Höh, wo Fürsten stehen, es ist die Liebe des freien Mannes!“

Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Wir hoffen daß vor diesem Weltgerichte der Geschichte die verlogene Sache Rußlands nicht bestehen wird. Möge sich seine Macht als das Nichts erweisen, als das man sie oft bezeichnet hat, als der Koloß auf tönernen Füßen. Wir hoffen, daß uns die Kraft gegeben sein wird, dieses Urteil der Weltgeschichte zu vollstrecken. Aber wir hoffen mehr. Wir hoffen, daß in dem Urteile der Geschichte verzeichnet steht, daß sich die Sache, die Rußland scheinbar vertritt, gegen die Machtthaber in Rußland selbst wendet. Möge der Krieg, den Rußland für die Freiheit Serbiens führt, der Beginn werden, für die Freiheit Rußlands. Mit Ingrimmiger Genugtuung hören wir von dem kommenden Sturm. Von Bomben in Warschau. Von Meuterei in Sebastopol. Der Sturm ist gerufen, möge der Sturm kommen. Möge Sturm kommen aus den Tiefen Rußlands. Wir stehen in einem weltgeschichtlichen Augenblicke. Aber es ist möglich, in dem ungeheuren Durcheinander der Ereignisse zu sehen, was im Grunde vorgeht.

Mit der Entwicklung unseres Wirtschaftsystems zum Hochkapitalismus ist es zur Frage geworden, ob sich

ein Weltgleichgewicht bildet, ein politisches Nebeneinander der zur friedlichen Arbeit verbundenen großen Weltmächte, unter die die ganze Erde verteilt ist. Ich habe das in meinem Buche „von der Diskontpolitik zur Herrschaft über den Geldmarkt“ ausgeführt. Im 16. Jahrhundert hatte sich das europäische Gleichgewicht gebildet, das politische System der im wesentlichen gleichberechtigten nebeneinander stehenden europäischen Mächte, die durch Kultur und Arbeit verbunden waren. Jetzt ist es, wie gesagt, die Frage, ob sich ein Weltgleichgewicht bilden soll. Das kann nur geschehen durch schwere Krisen hindurch. Unter schweren Reibungen und Stößen. Aber wir konnten gerade in der jüngsten Vergangenheit hoffen, daß gerade das Schwerkste überwunden war. Der Gegensatz zwischen Deutschland und England war gemildert. Die heikelsten Probleme auf dem Balkan schienen gelöst. Noch stand die Frage des fernem Ostens als ungelöstes Rätsel drohend am Horizonte der Geschichte. Indessen, das Schwerkste schien überwunden.

Jetzt ist es anders geworden durch die Machtpolitik Russlands. Rußland will Oesterreich nicht gesund lassen. Es hat die kleinen Helfershelfer am Balkan aufgeschlachtet, die Oesterreich keine Ruhe lassen sollten. Rußland erwartete den Fall Oesterreichs, es wollte auf Kosten Oesterreichs gewinnen. Jetzt hat es die herrliche innere Wiedergeburt Oesterreichs erlebt. Das ist das erste Wunder der Geschichte. Was wird kommen? Was wird uns die Zukunft bringen? Die Flamme zum Weltkriege springt auf. Wie in alten Zeiten die Feuerzeichen von Berg zu Berg gewandert sind, um den Fall Trojas nach Argos zu melden, so flammt der Brand empor.

Die sechs Großmächte rüsten. Die kleinen neutralen Staaten machen sich bereit. In Spanien denkt man an die Mobilisierung. In Marokko, Ägypten und Tunis drohen Unruhen. Am Kap der guten Hoffnung werden die Mandöer abgejagt. Wir hören, daß man sich auch in Japan rüht. Überall reißt der Kriegszorn seine Fäuste. Das ist der Weltkrieg. Das nie gesehene unerhörte Schauspiel.

Wüßten wir nicht aus dem Altertume, wie Athen und Sparta sich ineinander verbißen haben und zugrunde gegangen sind zum Nutzen der anderen, wären nicht über Europa die furchtbaren Glaubenskriege des 16. Jahrhunderts hinweggegangen und der gewaltige Sturm der Napoleonischen Zeit; wir würden einen solchen Orkan der Zerstörung, wie er jetzt droht, für ganz unmöglich halten. Aber alles, was gewirkt ist, ist klein gegen das was kommt. Es ist, als wenn die ganze Zivilisation in Trümmer gehen sollte, als wenn die Hoffnung von jahrzehntelanger Friedensarbeit in einem ungeheuren Grab verkommen müßte. Freilich, nicht alle leiden. Europa vernichtet sich im Bruderkriege. In Amerika, in Australien hat man den Vorteil. Das ist eine Schande. Was wird? Ueber allem, was zu sagen ist, steht die Frage: Was wird nach dem Kriege? Wir müssen nicht nur Mut haben zum Kriege. Wir müssen Mut übrig behalten zur Arbeit, die nach dem Kriege kommt. Wir ist in diesen Tagen gesagt worden: Wenn der Krieg verloren geht, ist Deutschland für immer vernichtet. Kommiljonen! Darauf antworten wir: „Noch lange nicht, Deutschland von neuem empor“.

Es ist eine merkwürdige Fügung, es ist eine Schicksalsfügung, die ich als solche von Herzen begrüße, daß wir für heute für die letzte Stunde unserer Semesterrübungen die großen Gewerkschaftsorganisationen der deutschen Arbeiter zur Besprechung angezogen hatten. Sie haben die Statuten und Regulative, die Zeitungen und Berichte dieser Organisationen selber lesen können. Gewiß, wo ein Interessengegenstoß der Natur der Sache nach herrschen muß, wird man sich über das Ausmaß der einzelnen Ziele und Bestrebungen von verschiedenen Standpunkten aus niemals vollkommen einigen können. Aber Sie werden das Vertrauen gewonnen haben, wer sozial aus eigener Kraft geschaffen hat, wer sich so selbst diszipliniert, wie unsere deutschen Arbeiter in den Gewerkschaften, das sind Volksgenossen, mit denen wir uns alle auf die Dauer in nationaler Zusammenarbeit zusammenfinden können und müssen. Das gilt vom Krieg. Das gilt vor allem vom Wiederaufbau der Nation nach dem Kriege. Soweit Zeitungsberichte vorliegen, kann im wesentlichen nur ein Gefühl hoher Genugung über die Haltung unserer Arbeiter bestehen. Möge der Krieg die Nation, die jetzt in so große Gegensätze gerissen ist, zu gemeinsamer Arbeit dauernd zusammenschweißen. Kommiljonen, ich spreche besonders zu Ihnen als Nationalökonom.

Sie haben in dieser Zeit besondere Pflichten. Die allgemeine Pflicht dem Vaterland gegenüber ist für uns alle selbstverständlich. Wer sich aber berufen glaubt, an der wirtschaftlichen und politischen Führung des Vaterlandes mitzuarbeiten, der hat doppelte Pflichten. Machen Sie die Augen auf. In Zeiten, in denen die Volkswirtschaft den schweren Uebergang in Kriegsbereitschaft durchmacht, gibt es viel für Sie zu lernen, was für immer eine Lehre sein muß. Sehen Sie um sich mit kräftigem Blick. Vielleicht geschieht auch einiges, was besser gemacht werden könnte. Sehen Sie und schweigen Sie. Es ist jetzt wichtiger, daß gehandelt, als daß geredet wird. Aber vergessen Sie nicht, aus allem eine Lehre zu ziehen.

Vor allem handeln Sie selbst. Weil Sie vom Wirtschaftslernen etwas verstehen, haben Sie eine besondere Pflicht. Es kommt alles darauf an, daß unser Geld- und Kreditwesen in Ordnung bleibt. Daß das Papiergeld ruhig genommen wird, daß die Sparkassen und Banken nicht geschlossen werden. Das ist gegenwärtig von ganz unerschütterlicher Bedeutung. Jeder von Ihnen hat die Pflicht, durch Beispiel und Aufklärung an erster Stelle zu stehen. Und nun, Kommiljonen: Sehen Sie mit Gott.

Sch möchte Ihnen das Wort „Beschloß“ ins Gedächtnis zurückrufen: Gott führt den Weltlauf gewaltig, doch Gott ist gnädig. Ihnen allen Glück und ehrenvolle Rückkehr. Seien Sie dessen eingedenk: Wirtschaftsnote oder nicht, Krieg oder nicht, Sieg oder nicht. Deutschland von neuem empor!

Der Krieg und die Arbeiter

Schwere imperialistische Parteikämpfe erschütterten noch vor wenigen Wochen unser Vaterland, konfessionelle Leidenschaften trübten den klaren Blick und schlugen tiefe, schmerzende Wunden, die wirtschaftlichen Gegensätze äußerten sich in den ärgsten Formen und führten bis — bis jetzt allerdings vergeblich — Versuchen, die „Persönlichkeit“ zu unterdrücken; eine gewisse Mäßigkeit im sozialen Weiterbau hatte sich eingestellt, die von Unternehmern und ihren Helfershelfern auszunutzen wurde, zu

unter Erweiterung der sozialen Kluft — ihre antisozialen Zwecke zu fördern. Der Krieg kam, wurde uns aufgezwungen, und alle Kämpfe ruhen. Einmütig erhob sich das deutsche Volk — wie vor hundert Jahren strömte es zu den Waffen, gab freudig Gut und Blut in der Abwehr gegen welsche Eroberungsgelüste. Jetzt gab es keine Parteien mehr, keine Stellungen durfte sich hervorwagen in dem starken Willen, der nicht nur ein begeisterter Rausch war, das Vaterland zu schützen.

Kein Stand schloß sich bei dieser wahrhaften Volkserhebung aus — auch der Arbeiter nicht. Seite an Seite kämpft er mit den anderen Ständen, dem Unternehmer, dem Gelehrten, um die Existenz seines Vaterlandes, seines Volkes, seiner Familie. Denn er und diese hat etwas zu verlieren! Nicht als Proletarier, der nur zu gewinnen hat, zieht er in den Kampf, sondern als ein Mann, der eine Existenz verteidigt, der verwachsen ist im Volksganzen. Das ist kein Proletarier, der nur Haß und Neid gegen die Gesellschaft empfindet, er kämpft mit ihr auch für sich. Allen schaffensunfrohen Pessimismus gegenüber, der an der Seele des Arbeiters verzweifelte, muß laut und vernehmbar gerufen werden: Das sind die Früchte unserer sozialen Gesetzgebung, die Männer, die die Volkseele kennen, schon längst langsam, aber sicher reifen sehen, sind die Früchte einer Organisationsfreiheit, die auch dem Arbeiter ermöglichte, seine Interessen wirksam zu vertreten.

Die Stellung des Arbeiters wird kaum jemals ihre Unsicherheit ganz verlieren, wie jede Stellung, die nur auf die persönliche Arbeitskraft und nicht auf dem Besitz gegründet ist, aber unsere soziale Fürsorge hat ihr doch viel davon genommen. Und vor allem, sie hat den Arbeiter fest verknüpft mit den Erfolgen unserer Volkswirtschaft, hat auch ihm einen Anteil davon gegeben. Sein Lohn bekam einen sehr wertvollen materiellen Zusatz: In Zeiten der Krankheit ist für ihn und die Seinen wenigstens notdürftig gesorgt, auch dem Alter kann er beruhigter entgegensehen. Hat er sich in seinem Beruf, in der Ausübung seiner Tätigkeit einen Unfall zugezogen, der ihn zeitweise oder dauernd erwerbsunfähig macht, so bedeutet Entlassung von der Arbeitsstätte nicht Elend und Not — die Unfallversicherung gibt ihm auch hier das Notwendigste. Nur das, aber doch das! Diese Sicherung der Zukunft schmiebet den Arbeiter mit starken Fesseln an die Gesellschaft, läßt ihn fühlen, daß ihr Interesse auch das seine ist. Ob diese Erkenntnis angeht die Erhebung des ganzen Volkes auch in den Köpfen dämmert, die noch vor kurzem in der sozialen Versicherung eine Volksfeinde sahen, die zur Demoralisierung der Arbeitermassen führe?

Auch die übrige soziale Gesetzgebung hat ihren großen materiellen Wert. Es ist für den Arbeiter nicht gleichgültig, ob er in einem Betriebe arbeitet, der seiner ganzen Anlage nach die Wahrscheinlichkeit bietet, daß er früher oder später verunglückt; es kann ihm nicht gleichgültig sein, ob die Arbeitsräume den hygienischen Erfordernissen entsprechen, die ihn versichern, daß alles getan ist, um auch seine Gesundheit zu erhalten. Diese soziale Gesetzgebung mußte auch in dem Arbeiterhirn das Bewußtsein einhämmern, daß er der Gesellschaft keine gleichgültige Sache ist, die, wenn unbrauchbar, bei Seite geworfen wird, sondern daß sie ihn als Mensch achtet und in seinen Menschenrechten schützt. Das Entzücken der christlichen Gewerkschaften, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, ist ein Ausdruck jenes Bewußtseins, ebenso wie das Verhalten der Arbeiterschaft in diesem Krieg! Und noch eins ist zu berücksichtigen: nicht als Almosen haben die Arbeiter die soziale Versicherung erhalten, sondern als eine Würdigung ihrer Menschenrechte. Sie sollen nicht mehr los der Ausbeutung gieriger Unternehmer ausgelegt sein, sondern durch Gesetz in ihren berechtigten Interessen geschützt sein. In der Sicherung dieser wurde ihre Stellung als Persönlichkeit eine andere. Aufrechte, starke Männer wurden so geschaffen, mit Achtung vor dem Gesetz, mit Achtung und Anhänglichkeit zu der Gesellschaft und dem Staat, die ihnen solche Gesetze gegeben hatten. Und die Gewohnheit, im eigenen Interesse auf die Durchführung dieser Gesetze bedacht zu sein, erzeugte in ihnen die Achtung vor dem Gesetz überhaupt, erzeugte in ihnen jenen starken Willen zur Ordnung, der unsere Arbeiterschaft auszeichnet und der nur in einem Staat, wie der unsere ist, sich ausleben kann.

Der aufrechte Sinn, jene erste Voraussetzung eines starken, in sich verankerten Pflichtbewußtseins, wurde noch gefördert durch das Bewußtsein — die Opfer, die zu bringen sind, werden durch uns gebracht, und was der Unternehmer zahlt, ist ein Teil unseres Lohnes; der Staat hat uns nur die Organisation gegeben! Was er im übrigen getan hat, ist nicht sehr viel und übertrifft auf jeden Fall das nicht, was er für andere Stände aufwendet. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß wir den Wert unserer sozialen Gesetzgebung verkennen, sie nicht voll und ganz würdigen. Wir haben in Deutschland kein eigentliches Koalitionsrecht — nur eine Koalitionsfreiheit. Unsere Arbeiterschaft hat sich in mächtvollen Organisationen zusammengeschlossen. Es ist jetzt nicht die Zeit und nicht der Ort, über das Gegenwärtige in den Verbänden zu sprechen. Trotzdem es nicht gering ist, erzeugen sie doch Tugenden, die jede Organisation aus ihrem Wesen heraus erzeugt.

Ein starker Opfermut, der sich nicht nur platonisch zu äußern hat, ermöglicht allein ein inneres Leben, ein Solidaritätsbewußtsein von nicht ungewöhnlicher Kraft ist dafür erste Voraussetzung und wird in langer Erziehungsarbeit entwickelt. Ein starker Sinn für Unterordnung, mit einem Wort Disziplin, gibt der Organisation ihre Stöße. Selbstverständlich sind diese Tugenden nicht von vornherein bei jedem Organisierten vorhanden und nicht bei jedem in gleicher Stärke. Aber in der Organisation gibt es nur eine Möglichkeit, wenn anders etwas Organisches zustande kommen soll — der Einzelne muß diese Tugenden erwerben oder die Organisation wird ihn abstoßen. Wer wollte nun leugnen, daß Opfermut, Solidaritätsgefühl, Disziplin Tugenden sind, die alle ihr Teil beigetragen haben zu der Volkserhebung, die eine große Zeit erleben durfte? Wahnsinn auch die Freiheit, die man unserer Arbeiterschaft gegeben hat, indem man sie als Staatsbürger mit gleichem Recht behandelte, hat ihre herrlichen Früchte gezeitigt. Allein diese idealen Güter der Organisation rechtfertigen ihr Dasein, zeigen ihren Wert für das Volksganze. Dazu kommt noch ein Weiteres, das vor allem für die christlichen Gewerkschaften zutrifft. Sie vermitteln die Kulturgemeinschaft zwischen dem Arbeiter und den übrigen Ständen; sie vermitteln durch ihre Aufklärungsarbeit das Bewußtsein, daß der Arbeiter in der modernen Volkswirtschaft eine notwendige Funktion ausübt, die ihn berechtigt, sich ohne Schen neben die anderen Stände zu stellen. Und inwiefern sind sie die Träger jener persönlichkeitsbildenden Ideen, die in unserer sozialen Gesetzgebung ihren Ausdruck gefunden haben, sind sie das Gewissen der Gesellschaft, das sie zum Ausbau der sozialen Gesetzgebung antreibt.

Es gab eine Lehre — und in neuerer Zeit wieder eine gewisse Unterbrechung —, die eine Organisation als zum mindesten zwecklos für eine wirtschaftliche Besserstellung der

Arbeiter ansah. Der Erfolg hat gezeigt, daß diese Lehre falsch war und falsch ist. In die Lohnfondstheorie dachte kein Mensch mehr. Und mit Recht! Nur durch und mit der Organisation konnte sich der Arbeiter zu der Lebenshaltung emporschwingen, die heute zum Allgemeingut dieses Standes geworden ist; nur durch diese seine materielle Besserstellung konnte er auch teilnehmen an den Kulturgütern unserer Zeit; sie gab ihm Zeit, sie gab ihm Luft und auch die Mittel, sich weiter zu bilden, dadurch sein Verständnis für wirtschaftliche und soziale Notwendigkeiten zu vertiefen und sich eins zu fühlen mit dem Volk, zu dem und in das er gehört.

Man hat von diesem Krieg, der erst begonnen hat, gesagt, daß er eine sittliche Erneuerung des deutschen Volkes bereits herbeigeführt habe. Ohne gerade in übertriebenen Hoffnungen zu schwelgen, das eine kann man wohl konstatieren — mehr Achtung vor der Ueberzeugung des anderen; etwas mehr Verständnis für seine Bestrebungen, der blind wütende Haß ist einem gewissen Erkennen der Beweggründe gewichen — und mehr braucht es nicht zur achtungsvollen Behandlung des Gegners. Der Arbeiter, insbesondere der christlich Organisierte, kann nur wünschen, daß dieser Zustand anhält, daß in die Friedenszeit, wo die vielen Kämpfe, wenn vielleicht auch gemildert, wieder einsetzen werden, ein starkes soziales Verantwortlichkeitsgefühl hinüber gerettet wird. Die nationale Tat der Arbeiter, der auch von ihnen die Besten zum Opfer fielen, wird denn Vergeltung finden; und der gefallen ist, fiel nicht nur, wenn auch in erster Linie für sein Vaterland, er fiel für seinen Stand. Das Volk, Kinder und Kindeskinde werden es ihm danken!

Allgemeine Rundschau

Für jeden weisfälligen Amtsbezirk einen Arbeitsnachweis

Der Landeshauptmann der Provinz Westfalen, der zugleich Vorsitzender des Verbandes Weisfälliger Arbeitsnachweise ist, hat an die Regierungspräsidenten, Landräte, Stadtverwaltungen und Amtmänner ein Rundschreiben gerichtet, in dem die Lage des Arbeitsmarktes besprochen wird. In demselben wird u. a. gesagt:

„Nach den eingegangenen Berichten läßt sich ein ungefähres Ueberblick gewinnen. Danach ist die Lage in Westfalen im ganzen zufriedenstellend. Ungünstigere Berichte liegen indes auch aus einzelnen Teilen vor. Besonders in der Textilindustrie und in den meisten Zweigen der Exportindustrie (zu der die Guaiagehrren, Nähmaschinen-, Fahrrad-, Metallwaren-, Lampen-, Maschinenindustrie, Poterie- und Temperierereien gehören, die in Westfalen sehr verbreitet sind. Red.) herrscht Arbeitsmangel und vielfach Arbeitslosigkeit. Gerade die Beschaffenheit der Verhältnisse macht es zur unbedingten Notwendigkeit, das System des Arbeitsnachweises durch einen wohl organisierten Arbeitsnachweis noch mehr auszubauen, als das bisher geschehen ist. Ich bitte daher dringend darum, daß Sie sich persönlich der Arbeitsnachweisorganisation in Ihrem Kreise anschauen und sie nach Kräften weiter vervollkommen und ausgestalten. Ich bin der Meinung, daß, wie das bereits in einigen Kreisen geschehen ist, in jedem Amt ein Arbeitsnachweis einzurichten sein wird, der seine Stütze an dem Arbeitsnachweis für den Kreis findet. In gegenwärtigen Kriegzeiten kommt es nicht bloß darauf an, durch die Organisation der Arbeitsnachweise einen Ausgleich des Arbeitsmarktes herbeizuführen. Vielmehr ist an die leitenden Persönlichkeiten und Behörden überall als neue und wichtige Verpflichtung die Aufgabe herangetreten, neue Arbeitsgelegenheiten anzuregen oder zu schaffen. Und das nicht bloß in den Gemeinden, sondern auch durch Fühlungnahme und geeignete Einwirkung auf die Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe. Es wird dann erforderlich sein, von so geschaffenen neuen Arbeitsgelegenheiten ungefümt die Arbeitsnachweise in Kenntnis zu setzen. Wenn ich schon glaube, daß in der Hauptsache die jeweiligen kleineren Bezirke (Stadt- und Landkreise) versuchen müssen, sich selbst zu helfen, sowohl in Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten als im Ausgleich des Arbeitsmarktes, so wird es doch allmählich möglich sein, auch innerhalb der Provinz und vielleicht auch weiter darüber hinaus einen Ausgleich herbeizuführen. Da der bald eintretende Winter wiederum wesentliche Verschiebungen in der Lage des Arbeitsmarktes bringen wird, so ist auch aus diesem Grunde die unausgesetzte Verbesserung und Vervollkommenung des Arbeitsnachweises ein unbedingtes Bedürfnis.“

Entsprechend diesen Anregungen des weisfälligen Landeshauptmannes sollten unsere weisfälligen Kollegen dahingehend tätig sein, daß in ihren Bezirken amtliche Arbeitsnachweise eingerichtet werden. Aber damit ist es nicht allein getan, sie müssen auch in Wirksamkeit treten und praktische Arbeit liefern. Dieses Ziel wird am besten erreicht, wenn unsere Organisationen in den Nachweisen vertreten sind. Es ist auch zu erwägen, ob unsere Gewerkschaftler in den Stadt- und Gemeinderäten die Einrichtung einer Arbeitslosenfürsorge beantragen, wie sie Frankfurt a. M. geschaffen hat. In anderer Stelle in dieser Nr. ist alles nähere darüber ausführlich gesagt.

Kleine Darlehnskassenscheine

Durch einen unter dem 31. August bekannt gemachten Beschluß des Bundesrats ist die Reichsschuldenverwaltung ermächtigt worden, nach Anordnung des Reichskanzlers außer den im § 18 Absatz 1 des Darlehnskassengesetzes vom 4. August 1914 vorgesehenen Darlehnskassenscheinen auch solche auf Beträge von 2 und 1 Mark auszustellen.

Nachdem die Silbenausprägung in der letzten Zeit wesentlich vermehrt wurde und erhebliche Beträge kleiner Geldmünzen aus den Kassen der Reichsbank in den Verkehr geleitet sind, stellt die Ausgabe von Darlehnskassenscheinen in Beträgen von 2 und 1 Mark ein weiteres Mittel dar, um dem Mangel an kleineren Geldstücken zu begegnen. Die Darlehnskassenscheine können bekanntlich im Austausch gegen Reichsbanknoten in die Reichsbank, so daß die Zentralstelle des deutschen Geldverkehrs in die Lage kommt, auch die kleinen Darlehnskassenscheine in geeigneter Weise dem Verkehr zu übergeben. Mit der Ausgabe der kleinen Darlehnskassenscheine zunächst im Werte zu 2 Mark wird in den nächsten Tagen begonnen werden.

Die Gewichtsgrenze der Feldvolkspatete

Unter dieser Ueberschrift erhält die „Rheinisch-Weisfällische Ztg.“ aus ihrem Leserkreise die nachstehende Zuschrift, der wir die weitestehende Verbreitung wünschen, damit sich die Reichspostverwaltung dieserbe zu Herzen nimmt und ihr nachkommt. Die Zuschrift lautet:

„Gleich erhehend wie die Begeisterung, mit der das deutsche Volk in den Krieg zog, ist der Opfergeist der Zurückbleibenden. Der sich zunächst in den großen Gaben für das rote Kreuz und für Familienunterstützungen ausdrückt. Alle Kreise der Bevölkerung sowohl wie das Reich und die Militärverwaltung haben das größte Interesse daran, daß unsere im Felde stehenden Soldaten Liebesgaben in reichem Maße erhalten, und man sollte deswegen erwarten, daß unsere Reichspostverwaltung in diesem Punkte größtes Entgegenkommen zeigt. Das scheint aber noch nicht der Fall zu sein, denn mit peinlicher Sorgfalt wird bei jedem Paket festgesetzt, ob es auch nicht über 250 Gramm schwer ist. Man sollte meinen, daß die Beförderungsschwierigkeiten bei gleich großen Paketen von 300 Gramm nicht größer sind, als bei 250 Gramm. Trotzdem wird jedes Paket, wenn es nur 5 Gramm schwerer ist, als 250 Gramm, zurückgewiesen. Es ist bereits in Zuschriften darauf hingewiesen worden, wie dringend erwünscht die Zusendung von Strümpfen und ähnlichen kleineren Bekleidungsgegenständen für die Soldaten im Felde ist, es läßt sich aber kaum so genau abstrakeln, daß einschließlich der Verpackung und kleinen Beilagen diese Höchstgewichtsgrenze nicht überschritten wird, worauf die Zusendung sodann unmöglich ist. Auch ist es nicht begreiflich, warum die Postverwaltung diese Liebesgaben in Halbpfundpaketen nicht kostenfrei befördert. Wenn so viele Menschen, auch in den ärmsten Schichten, bereit sind, Opfer zu bringen, dann sollte die Post diese Gaben frei befördern, statt sie mit dem üblichen Porto, das häufig 10 Prozent und mehr des ganzen Wertes ausmacht, zu belasten. Sedenfalls würde es dem Gefühl des Opfergeistes und der Nächstenliebe, die heute unser ganzes Volk durchdringen, besser angepaßt sein, wenn die Reichspostverwaltung durch kostenlose Beförderung der Liebesgaben an dieser Stelle jeden Geschäftssinn ablegte und sich hinsichtlich der Höchstgewichtsgrenze nicht kleinlich zeigte.“

Aus Wirtschaft und Technik Der Handelsminister und die Kartelle

Manche Kartelle und Konventionen haben in dieser Kriegszeit mehr ans Profitmachen gedacht als an die großen Aufgaben die zu lösen sind in der Arbeitsbeschaffung. Der preussische Handelsminister hat nun den Handelsvertreter durch Vermittelung der Regierungspräsidenten einen Erlaß zugestellt, in dem es einleitend heißt:

„In zahlreichen Beschwerden und vielen Prejartikeln ist darüber geklagt worden, daß Vereinigungen der Inhaber gleichartiger Betriebe, die sich zur Einhaltung übereinstimmender Preisungs- und Zahlungsbedingungen zusammengeschlossen haben (Konventionen, Konditionenkartelle), trotz der durch den Krieg wesentlich geänderten Wirtschaftslage streng an ihren Abreden festhalten und es insbesondere ihren Mitgliedern unmöglich machen, den Abnehmern durch Zahlungsausschub oder durch Gefattung von Venderungen der einmal vereinbarten Lieferungen entgegenzukommen. Es sind auch Fälle bekannt geworden, in denen die bestehenden Konventionsbestimmungen aus Anlaß der derzeitigen Notlage verschärft wurden, namentlich in der Richtung, daß sofortige Barzahlung als Konventionsbedingung eingeführt worden ist.“

Der Minister erörtert weiter das Unzientliche solchen Vorgehens und stellt gefehliches Eingreifen auf Grund des § 3 des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 dagegen in Aussicht. Dieses soll unbedingt kommen, wenn die Kartelle nicht freiwillig einlenken. Er empfiehlt:

„deshalb den Konventionen, die eine gefehliche Regelung vermeiden wollen, daß sie sich dafür stark machen, die nachfolgenden Grundsätze während der Dauer des Krieges einzuhalten:

1. die bestehenden Konventionsbedingungen dürfen während des Krieges nicht verschärft werden. Verschärfungen, die seit dem 1. Juli 1914 beschlossen wurden, sind unverzüglich rückgängig zu machen.
2. Für die Dauer des Krieges sind außer Kraft zu setzen:
 - a) Bestimmungen, welche die Mitglieder einer Konvention hindern, die gänzlich oder die teilweise Auflösung oder die Wandlung in Nota befindlicher Aufträge mit einzelnen Abnehmern zu vereinbaren;
 - b) Bestimmungen, welche die Mitglieder einer Konvention hindern, ihren Abnehmern Zahlungsausschub zu gewähren oder sie verpflichten, gegen säumige Abnehmer ein gerichtliches oder ein schiedsgerichtliches Verfahren einzuleiten.
3. Die Konventionen werden ihre Mitglieder auflösen, Vertrauenswürdigem Abnehmern möglichstes Entgegenkommen zu zeigen und in jeder Weise — gegebenenfalls insbesondere durch die weitere Milderung der Konventionsbedingungen als sich aus Ziffer 1 und 2 ergibt — bestrebt sein, die Ueberwindung der gegenwärtigen schweren Zeiten zu erleichtern.

Sie wollen die Grundsätze umgehend denjenigen Konventionen, die in ihrem Bezirk ihre geschäftsführende Verwaltung haben, mitteilen und sie in meinem Namen eruchen, mir bis spätestens zum 8. September d. J. unmittelbar mitzuteilen, ob sie bereit sind, sich auf ihre strenge Einhaltung während des Krieges festzulegen, und was sie etwa in Ausführung dieser Grundsätze veranlaßt haben. Konventionen, die gegen diese Grundsätze oder einzelne dieser Bestimmungen begründete Bedenken zu haben glauben, ist anzuzuführen, mir innerhalb der gleichen Frist unter Beifügung eines Exemplars der bestehenden Konventionsbedingungen in kurzer und präziser Form und ohne umfangreiche Begründung diejenigen Bestimmungen oder sonstigen Erleichterungen mitzuteilen, durch welche die Konvention der gegenwärtigen Geschäftslage Rechnung zu tragen gedenkt. Ob es möglich sein wird, von einem gefehlichen Eingriff abzusehen, wenn eine größere Zahl von Konventionen einer derartigen Sonderregelung den Vorzug gibt, wird von dem Ergebnis der Prüfung der einzelnen Vorschläge abhängen. Eine Hinausschiebung der Termine ist bei der Eilbedürftigkeit der Angelegenheit ausgeschlossen. Berlin, 30. August 1914. Sydow.“

Kriegsmetall-Wirtschaftsgesellschaft

Um den Verkehr und die Verteilung solcher Metalle zu regeln, die für den Kriegsbedarf dienen und nicht in unbegrenzten Mengen im Inland hergestellt werden, ist auf Anregung des Kriegsministeriums eine „Kriegsmetall W.-G.“ ge-

bilbet worden. Die Gesellschaft ist keine Erwerbsgesellschaft und darf weder Dividenden noch Liquidationsgewinne verteilen. Das Aktienkapital beträgt 6 Millionen Mark und ist mit 25 Prozent eingezahlt worden. Die Geschäftsabschlüsse werden von einer Abschlags- und Verteilungskommission kontrolliert. Der Aufsichtsrat und der Vorstand arbeiten ehrenamtlich und unentgeltlich. Der Aufsichtsrat setzt sich zusammen aus den Vorständen und Aufsichtsräten unserer größeren Elektrizitäts- und Metall-Aktien-Gesellschaften, wie Allg. Elektr.-Ges., Siemens-Schuckert, Hirsch, Kupfer- und Messingwerke, Halberstadt, Basse u. Selwe, Alena Bergmann Elektr.-Werke, Felten u. Gullsteamer Lahnenerwerke, Mansfelder kupferschieferbauende Gewerkschaft, Tellus Akt.-Ges., Metallgesellschaft, Frankfurt a. M. und andere.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 13. September, der achtunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 18. September fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Bremen. Mit der erhöhten Arbeitslosigkeit, die durch den Krieg verursacht worden war, sowie mit der bedeutenden Anspruchsnahme unserer Verbandsfinanzen befaßte sich unsere Ortsgruppe in einer zahlreich besuchten Versammlung.

Erinnert wurde zunächst an die Maßnahmen, die im Unterstufungsweisen von den anderen Gewerkschaftsrichtungen schon getroffen seien. Auch unser Verband mußte den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen. Inwieweit das gesehen ist, darüber gibt uns Nr. 34 unseres Verbandsorgans Auskunft. Der Referent, Kollege Dohler, hob noch einmal die wichtigsten Punkte aus der neuen Verordnung des Vorstandes, betreffend Unterstufung, pünktliche Beitragszahlung hervor und fand allseitiges Verständnis bei den Kollegen für die neuen Maßnahmen. Das Kapitel Extrabeiträge wurde ebenfalls eingehend besprochen. Das Resultat dieser Besprechung ist für die Verbandskollegen sehr erfreulich. Es wurde einstimmig beschlossen, ab 29. August eine Kriegssteuer von mindestens 50 Pfennig pro Woche während des Krieges an die Zentrale abzuliefern. Arbeitslose und Lehrlinge sind von der Zahlung entbunden. Alle voll in Arbeit stehenden Kollegen haben sich aber verpflichtet, genannten Extrabeitrag zu leisten. Dieser Beschluß gilt für alle Kollegen, also auch für die, welche an der Versammlung nicht teilgenommen haben. Es wird erwartet, daß alle Kollegen mitwirken in dem Bestreben, unseren Verband finanziell leistungsfähig zu erhalten, und es als ihre höchste Pflicht ansehen, mit echt deutscher Pünktlichkeit die Beiträge zu zahlen. Die Kollegen, be-

beiträgen im Rückstand sein darf, wenn er seine Rechte aufrecht erhalten will; sollte der Bote nicht kommen, muß jeder Kollege selbst für die Marken sorgen. Am 11 Uhr wurde die Versammlung geschlossen mit dem deutschen Lied: „Es braust ein Ruf wie Donnerhall“.

Lübeck. Am 28. August hielten unsere am Orte verbliebenen Kollegen eine Besprechung ab, an der unser Bezirksleiter Koll. Dohler teilnahm und in einem Vortrag über „die Gewerkschaften und der Krieg“ sprach. Das Resultat seiner überzeugenden Rede war der einstimmig gefaßte Beschluß, neben der Entrichtung unseres Wochenbeitrages, noch eine Kriegssteuer von mindestens 50 Pf. für die Dauer des Krieges zu bezahlen. Alle besser situierten Kollegen werden sicherlich auch in Lübeck über den Mindestpflichtbeitrag hinausgehen.

Kollegen von Lübeck! In dieser Zeit, die außerordentliche Maßnahmen fordert, wollen wir auch Außerordentliches tun, und nicht zurückstehen hinter den Leistungen anderer Ortsgruppen. Vor allen Dingen aber heißt es, den Verband aufrecht und leistungsfähig zu erhalten, damit unsere Kollegen, die im Felde stehen, bei ihrer Rückkehr ihn so stark vorfinden, wie sie ihn verlassen haben. Alle Mann an Bord!

Hamburg. Anlässlich des Krieges war es auch für unsere Zahlstelle notwendig, die Kollegen zu einer besonderen Besprechung zusammenzurufen. Unser Bezirksleiter, Kollege Dohler, setzte in eindringlichen Worten auseinander, was wir in Kriegszellen uns selbst und unserem Verbandsgebiet schuldig sind. Mut, Ausdauer und Vertrauen brauche nicht nur der Krieger im Felde, sondern auch der am Orte verbleibende Gewerkschaftler. Der erste, um dem Vaterland zu helfen, der zweite, um den Verband zu erhalten. Die schwere Zeit verlangt erst recht von uns, daß wir alle Gewerkschaftsaufgaben treu und gewissenhaft erfüllen. Wenn wir den finanziellen Ansprüchen gerecht werden wollen, die an unseren Verband infolge der vermehrten Arbeitslosigkeit gestellt werden, dann heißt es, doppelt genaue Pflichterfüllung in allen Dingen. Auch zu Extrabeiträgen muß die Hamburger Kollegenchaft bereit sein. Auf die Rede unseres Bezirksleiters folgte der einstimmige Beschluß, einen Mindestpflichtbeitrag von 50 Pfennig zum Kriegsfonds zu entrichten. Alle voll in Arbeit stehenden Kollegen haben sich verpflichtet, neben ihrem Verbandsbeitrag eine Kriegssteuer zu 50 Pfennig zu nehmen. Arbeitslose und Jugendliche sind davon befreit. Kollegen Hamburgs! Mit diesem Beschluß habt Ihr gezeigt, daß Ihr ein warmes Herz und ein gutes Verständnis habt für die Not derer, die nicht in der Lage sind, ihre Arbeitskraft zu bewerten zu können.

Duisburg. Verwaltungsstelle. Kriegszustand, Mobilmachung, Krieg. Wo haben diese drei rasch aufeinander folgenden Tatsachen keinen Einfluß ausgeübt? Auch unser christlicher Metallarbeiterverband ist von den nachteiligen Einwirkungen der weltbewegenden Vorgänge der letzten Wochen nicht verschont geblieben. Ueberall wurden Lücken gerissen. Auch in Duisburg war das selbstverständlich der Fall. Von den Folgen der Mobilmachung blieb nichts unberührt. Rund ein Drittel unserer Mitglieder wurden zu den Fahnen einberufen. Duzende, vielfach unsere besten Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner, sind dem Rufe des Königs gefolgt. Auch der Beamtensstab blieb nicht vollzählig.

In dieser schwierigen Situation mußte sich die Wirkung der langjährigen Erziehungsarbeit bei unseren Kollegen zeigen. Selbst die größten Optimisten wurden in ihren Erwartungen von dem Opfergeist der Kollegen übertroffen. Während kriegerische Ereignisse in der ersten Zeit beim Volk Niedergeschlagenheit, mindestens aber Verwirrung anzurichten pflegen, war bei unseren zurückgebliebenen Mitgliedern keine Spur von Kopflosigkeit zu bemerken. Rüstig griffen die Kollegen in allen Sektionen zu. 26 Vorstandes- und Vertrauensmännerfunktionen befaßten sich im Monat August mit der Neuorganisation der angeschlossenen Gruppen. Da die Beitragskassierung in unserer Verwaltungsstelle nicht durch besoldete Kräfte geschieht, sondern durch Vertrauensmänner, war die erste Sorge, diesen Apparat zu vervollständigen. 14 Tage nach der Mobilmachung war der Vertrauensmännerkörper wieder vollzählig. Meistens meldeten sich die Kollegen freiwillig zu diesen wichtigen Ämtern. (Bravo! Red.) Wo das nicht der Fall war, genigte der Hinweis auf die größeren Opfer der im Felde stehenden Kollegen, um die Mitglieder zur Mitarbeit zu veranlassen. Wo keine Vertrauensmänner zu beschaffen waren, haben einzelne Kollegen in lobenswerter Weise große Leistungen vollbracht.

Dafür ein Beispiel; in Meiderich war der Vertrauensmännerstab besonders stark durch den Krieg gelichtet worden. Da geeignete Kräfte nicht sofort ausfindig zu machen waren, bediente der Kollege K. v. i. e. r. W. o. c. h. e. n. l. a. n. g. r. e. g. e. l. m. ä. h. i. g. 90 Mitglieder. (Alle Anerkennung. Red.)

Das ruhige, planmäßige, opferwillige Arbeiten unserer Kollegen in allen Sektionen verdient hervorgehoben zu werden. Um an einen großen Kreis unserer Mitglieder mit der mündlichen Aufklärung heranzukommen, fanden 18 Versammlungen statt. Bereitwillig erteilte uns die Behörde meistens die Genehmigung zum Abhalten derselben. Von einer großen gemeinsamen Versammlung der ganzen Verwaltungsstelle wurde Abstand genommen, weil uns mit Versammlungen in den einzelnen Gruppen besser gedient war.

Trotzdem wir weniger Mitglieder wie früher haben, waren die Versammlungen fast durchweg doppelt so stark besucht, wie in normalen Zeiten. Die Gründe sind folgende: Die Mitglieder hatten ein Bedürfnis nach Aufklärung. Der Gedanke der Solidarität ist stärker bei unseren Kollegen ausgeprägt, wie man anzunehmen pflegte. In so schwierigen Zeiten hat jeder Mensch ein Bedürfnis nach Belehrung. Die furchtbaren Opfer des gegenwärtigen Völkerrings sowie der Wegfall des Vergnügenswesens stimmen den Menschen ernst und machen ihn für Gewerkschaftsarbeit empfänglich. Endlich ist gegenwärtig die Grundstimmung vaterländisch und religiös, also der christlichen Gewerkschaftsbewegung günstig.

In allen Versammlungen referierte Kollege Pitlok eingehend über die gegenwärtige Lage. Er wies im zweiten Teil seiner Darlegungen nach, daß jedes Mitglied gerade jetzt an der Organisation festhalten müsse. Ueberzeugend begründete er die vom Hauptvorstand eingeführte Veränderung des Unterstufungswezens. Auch die während der Kriegszeit vor uns zu lösenden Aufgaben fanden eine gründliche Besprechung.

Ueber eine schlechte Versammlungsdisziplin brauchen wir uns in Duisburg nicht zu beklagen. Erhebend war es anzusehen, wie die Versammlungen in feierlicher Ruhe, nur ab und zu von Zustimmungen unterbrochen, den Ausführungen des Redners folgten. Auf dem Gesicht des glaubwürdigen erprobten Gewerkschaftlers und auch des jüngsten unserer Kollegen war zu

**hast Du diese Woche schon eine
Extramärke
geklebt für den
Kriegsfonds?**

sonders die jüngeren, mögen mit der Leistung der Extrasteuer nicht allzu knauserig sein. Wer eine Familie besitzt und sich diese Steuer von 50 Pfennig auferlegt, gibt dem Ledigen zu erkennen, daß letzterer ruhig eine Mark an den Verband abführen kann. Leider hat sich eine Reihe von Kollegen (besonders auf der Weserwerft) durch laufende Betriebsammlungen schon so festgelegt, daß es einzelnen schwer wird, den Extrabeitrag für unseren Verband zu zahlen. Für die organisierte Arbeiterschaft hat ein solches Verfahren doch sehr bedenkliche Schattenseiten. Da diese von den Arbeitern einmal gezahlten Beiträge laufend sofort vom Wochenlohn abgezogen werden, wird die Extrasteuer an den Verband darunter leiden. Dadurch schwächen die organisierten Kollegen aber ihre eigene Durchschlagkraft gegenüber jenen Arbeitgebern, die in dieser schwierigen Zeit „höchst eilig“ die Löhne kürzen oder noch kürzen wollen. Daran scheinen die Kollegen wohl nicht gedacht zu haben. Der organisierte Arbeiter und insbesondere unsere Verbandskollegen sollten gerade jetzt in Kriegszeiten daran denken, daß die finanzielle Kräftigung unseres Verbandes notwendiger ist als je. Der Verband hat in diesen Zeiten große und schwere Pflichten zu erfüllen. Das kann er nur, wenn alle Kollegen eifrig an seiner Stärkung mitarbeiten. Wer für den Verband schafft, arbeitet für sich und seine Familie. Kollegen, auf zur Verbandsarbeit! Unter allseitiger Zustimmung schloß Kollege Dohler seine Ausführungen.

Glensburg. Am 26. August fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, an welcher unser Bezirksleiter Kollege Dohler, Bremen, teilnahm. Der Vorsitzende, Kollege Friß, eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, zeichnete die gegenwärtige Lage und übergab sodann dem Kollegen Dohler das Wort, welcher über das Thema „Die Gewerkschaften und der Krieg“ sprach. Der Referent kennzeichnete die gegenwärtige Situation und führte folgendes aus: Der Krieg lege auch den Gewerkschaften und deren Mitgliedern besondere Pflichten auf. An Stelle der bisherigen Unterstufungen tritt die Kriegsnotstandsunterstützung (Arbeitslosenunterstützung). Bei der großen Arbeitslosigkeit sei es erste Pflicht, unsere arbeitslosen Kollegen zu unterstützen, die eben solchen Verhältnissen gegenüberstünden, als die Familien, deren Ernährer im Felde kämpften. Um aber den Kollegen, die später aus dem Felde zurückkommen, eine Unterstützung angebeihen zu lassen, sei es notwendig, daß die in voller Arbeit stehenden Kollegen Extramärken ließen. Die Versammlung beschloß einstimmig, Extramärken im Werte von 50 Pfennig jede Woche zu nehmen. Nach dem Referat des Kollegen Dohler gab der Kollege Friß bekannt, daß sein Amt als erster Vorsitzender nunmehr der Kollege Schmitz übernehme. Beide Kollegen gelobten, auch weiterhin ihre ganze Kraft in den Dienst des Verbandes zu stellen. Nun, Kollegen, an die Arbeit! Gerade in dieser schweren Zeit müssen wir alles daran setzen, um auch jetzt unsere Organisation zu stärken und zu erhalten. Bemerket sei noch, daß kein Kollege mit den

lesen: wir müssen alle fest zusammenhalten und Opfer bringen. Eine große Stunde darf kein schwaches Geschlecht vorfinden. Bezeichnend für den Geist unserer Mitglieder ist die Tatsache, daß nur in einer Versammlung von einem Kollegen an der Verringerung des Unterstützungswesens Kritik geübt wurde. Rühmlich muß hervorgehoben werden, daß kein Vorgehen nicht von Egoismus, sondern von Sorge um den Bestand der gesamten Organisation diktiert war. Die betreffende Versammlung teilte aber seine Bedenken nicht. Alle Fragen, die heute bei den Arbeitern im Vordergrund des Interesses stehen, wie Feiertagslöhne, Lohnabzüge, Lebensmittelpreissteigerung, gesetzliche Krankenversicherung usw., waren in den Versammlungen Gegenstand lebhafter Diskussion.

Die gegenwärtige schwierige Situation werden wir würdig zu tragen wissen. Leicht ist es nicht. Die Arbeitslosigkeit, die so groß ist wie nie zuvor, erschwert unsere Arbeit. Die Schikane vieler Unternehmer, auf die wir bei passender Gelegenheit zurückkommen werden, sorgen dafür, daß die in den verflochtenen 15 Jahren von uns an den Unorganisierten geleistete Aufklärungsarbeit nicht vergessen wird. In unseren eigenen Reihen haben wir in der nächsten Zeit wichtige Aufgaben zu lösen. Alle neuen Vertrauensmänner muß der Geist höchster Opferwilligkeit durchdringen, und jedes Mitglied ist gründlich gemeinlich zu schulen. Wir wollen rufen, damit zu gegebener Zeit wieder alle Kräfte zur Stärkung der Organisation und damit zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse eingesetzt werden können. Unser christlicher Metallarbeiterverband wird dann seinen Aufgaben gewachsen sein.

Essen. Es dürfte wohl kaum eine Stadt im deutschen Vaterlande geben, die verhältnismäßig so wenig von den nachteiligen Folgen des Krieges in wirtschaftlicher Beziehung spürt, wie gerade Essen. Das ist gewiß in allererster Linie dem Umstande zuzuschreiben, daß wir in unseren Mauern die größte und erfolgreichste Waffenfabrik der Welt beherbergen, die eben jetzt wieder ihren Weltruhm in ungeheurer Weise gesteigert hat. Die ungeheuren, verblüffenden Wirkungen des in wunderbarer Heimlichkeit hergestellten 42 Zentimeter-Mörser in den Festungskämpfen dieses Krieges haben den striktesten Beweis von der Leistungsfähigkeit der Kruppischen Werke verbracht. Die Erfolge der deutschen Truppen sind ja in besonderer Maße den hervorragenden Wirkungen unserer Artillerie zuzuschreiben und konnte deswegen ein Mitglied des Kruppischen Direktoriums, Herr Finanzrat Haug, mit Recht einen erheblichen Anteil an diesen Erfolgen der Vorzüglichkeit der Kruppischen Erzeugnisse zuschreiben und für diese in Anspruch nehmen. Auch heute wird noch ununterbrochen in der Kruppischen Waffenfabrik an des Reiches Wehr weiter gearbeitet.

Dadurch ist es auch einem Teil unserer bei der Firma Krupp beschäftigten Kollegen unmöglich gemacht, mit ihren Kameraden auf dem Schlachtfeld für des Reiches Größe und Wohlfahrt zu kämpfen, wie es wohl aller Wunsch gewesen ist. Trotzdem sind auch von den Mitgliedern unserer Ortsverwaltung rund 350 dem Rufe des obersten Kriegsherrn gefolgt, das Beste herzugeben für die Ehre des Vaterlandes und die Wohlfahrt unseres Volkes in diesem Krieg, der uns so nichts-würdig von Heiden und Haffern aufgeworpen worden ist. Wenn auch der Krieg für uns alle wohl überraschend plötzlich hereinbrach, so haben wir doch versucht, den so gemaltig veränderten Verhältnissen so schnell wie möglich Rechnung zu tragen. Bereits am Montag, den 10. August, haben wir in einer Vorstandssitzung und Vertrauensmänneritzung die erforderlichen Maßnahmen besprochen. Schon in dieser Sitzung wurde einstimmig betont, daß wir als Zurückgebliebene die besondere Pflicht hätten, dafür zu sorgen, daß unser Verband auch über die schwere Zeit des Krieges möglichst stark und leistungsfähig hinwegkomme. Auch wurde in dieser Sitzung der Vorstand beauftragt, beim Zentralvorstand die Schaffung eines freiwilligen Kriegsfonds zur Unterstützung unserer durch den Krieg in Not geratenen Kollegen anzuregen.

In einer weiteren Vorstandssitzung und Vertrauensmänneritzung am Mittwoch, den 19. August, wurden die mittlerweile vom Zentralvorstand beschlossenen Veränderungen unseres Unterstützungswesens eingehend besprochen. Trotzdem die für die Dauer des Krieges getroffenen Veränderungen unserer Verbandsstatuten wohl gerade für das Gros der Essener Kollegen von besonders einschneidender Wirkung sind, wurde in der Sitzung allseitig anerkannt, daß die Maßnahmen vom Gebot der Stunde diktiert und unbedingt notwendig seien. Dies müsse auch den übrigen Kollegen mit allem Nachdruck zum Bewußtsein gebracht werden. Die Versammelten waren auch überzeugt, daß unsere Essener Mitgliedschaft für die Kriegsmassnahmen unseres Zentralvorstandes volles Verständnis bekunden werde.

Am Sonntag, den 23. August, fand sodann abends 8 Uhr im großen Saale des Vereinshauses in Essen-West eine außerordentliche Generalversammlung unserer Ortsverwaltung statt, zu der sich unsere Kollegen mit ihren Frauen sehr zahlreich eingefunden hatten. Mit besonderer Freude wurde es begrüßt, daß sich auch unser Zentralvorstand, Kollege Wieber, und unser Hauptkassierer, Kollege Herzog, zu dieser Versammlung eingefunden hatten. Einleitend wies Kollege Hirtfelder darauf hin, daß eigentlich an dem Tage unser bei den Kollegen so beliebt gewordenes Jahresfest im städtischen Saalbau und Stadtpark habe stattfinden sollen, daß es sich aber auch hier einmal wieder gezeigt habe, daß „mit des Geschickes Mächten kein ewiger Bund zu schließen“ sei. Statt Feste zu feiern, müßten wir jetzt ernste Beratungen darüber pflegen, wie die durch den Krieg über unser deutsches Volk gekommene Not wenigstens in etwa für unsere Kollegen gemildert werden könne. Er besprach sodann eingehend die vom Zentralvorstand getroffenen Maßnahmen. Im besonderen seien zwei Gesichtspunkte für die Entschlüsse unseres Zentralvorstandes maßgebend gewesen. Der erste davon sei der, daß es eine unserer vornehmsten Aufgaben sein müsse, unseren Verband auch während des Krieges stark und leistungsfähig zu erhalten. Denn nach dem Kriege würden wir eine starke Organisation notwendiger haben wie je zuvor. Es sei sogar als sicher anzunehmen, daß wir auch während des Krieges einer Organisation nicht entzogen könnten, da schon jetzt berichtet würde, wie einzelne Unternehmer den Krieg zu Lohn- und Abschreibungsfragen auszunutzen versuchten. Soweit dabei Hersteller von Kriegsmaterial in Frage kämen, sei ein derartiges Verfahren unerhört, da die Militärverwaltung in der gegenwärtigen Zeit ganz gewiß keine Preissteigerungen vornehmen würde. Wenn dies aber nicht der Fall sei, dann müsse das obige Verfahren mit dem Lebensmittelpreis auf eine Stufe gestellt werden, da denn auch hier die Rat der Räte zu unangenehmer Bereicherung ausgenutzt werde.

Das zweite Motiv für die Maßnahmen des Zentralvorstandes sei die Erwägung gewesen, daß es neben der Aufrechterhaltung

der vollen Schlagfertigkeit des Verbandes unsere besondere Aufgabe sein müsse, für diejenigen zu sorgen, an die jetzt fast kein Mensch denkt, d. h. diejenigen, die durch den Krieg arbeitslos und damit brotlos geworden seien. Deshalb habe der Zentralvorstand, trotzdem gerade dieser Unterstützungszeit in der Kriegszeit außerordentliche Anforderungen an unsere Finanzen stellen würde, die Arbeitslosenunterstützung in der durch das Statut vorgesehenen Höhe aufrecht erhalten. Der Umstand, daß der größte Teil der Essener Arbeiter für die Zeit des Krieges keine Einbuße, sondern eher eine Steigerung ihres Verdienstes zu erwarten hätten, genüge allein schon, uns zu veranlassen, den Maßnahmen des Zentralvorstandes rückhaltlos zuzustimmen. Wir müßten aber auch bestrebt sein, dafür zu sorgen, daß der Verband die volle Leistung der übernommenen Verpflichtungen voll gewährleisten könne durch treues Festhalten an Verbands, pünktliche Beitragszahlung und intensive Weiterarbeit an der Stärkung des Verbandes. Darüber hinaus müßten aber gerade wir Essener Kollegen uns verpflichtet fühlen, dem freiwilligen Kriegsfonds unseres Verbandes möglichst große Beiträge zuzuführen, damit der Verband in die Lage versetzt würde, den durch den Krieg besonders in Not geratenen Kollegen oder deren Angehörigen helfend unter die Arme greifen zu können. Wenn wir uns vor Augen führten, welche Opfer an Gut und Blut diejenigen übernehmten müßten, die auch für uns und unsere Lieben draußen in Feindesland kämpfen und ringen, so würde es niemandem schwer fallen, ein möglichst großes Scherflein zur Linderung der Kriegsnot beizutragen.

Der Zentralvorstand Kollege Wieber ergänzte diese Ausführungen, indem er besonders hervorhob, daß die Essener christlichen Metallarbeiter schon so manche Beweise ihrer Opferwilligkeit erbracht hätten, daß es eigentlich für überflüssig halte, noch einen besonderen Appell hierzu an dieselben zu richten. Er hoffe bestimmt, daß sie auch diesmal volles Verständnis für den Ernst der Stunde bewiesen und allen Verbandskollegen wieder mit gutem Beispiele vorangehen würden.

Einstimmig und ohne Diskussion wurde darauf den Maßnahmen des Zentralvorstandes zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, die Organisation der Sammlung der freiwilligen Beiträge für den Kriegsfonds des Verbandes zu bewerkstelligen.

Die Gesangsabteilung unserer Ortsverwaltung gab der Veranstaltung ein besonderes Gepräge durch die mit gewohnter Präzision vorgetragenen patriotischen Lieder, die bei den erschienenen stürmischen Beifall auslösten und so die rechte Stimmung hervorriefen. Ihr und ihrem verdienstvollen Dirigenten, dem Kollegen Hengstenbeck, sei auch an dieser Stelle nochmals besonders gedankt. Erwähnen wollen wir auch noch, daß die Kollegen der Gesangsabteilung den gesamten Bestand ihrer Kasse, 90 Mark, einstimmig dem Kriegsfonds unseres Verbandes überwiesen haben, was gewiß anzuerkennen ist. (Bravo! Red.)

Die Essener Kollegen müssen jetzt alles daran setzen, ihren guten Ruf innerhalb unseres christlichen Metallarbeiterverbandes auch in dieser schweren Zeit aufrecht zu erhalten. Wenn sie sich auch, soweit sie bei der Firma Krupp beschäftigt sind, verpflichtet haben, einen bestimmten Betrag für den allgemeinen Kriegsliebesdienst zu opfern, so ist es doch bei einigermaßen gutem Willen möglich, darüber hinaus ein besonderes Opfer für diejenigen zu bringen, die seit Jahren Schulter an Schulter mit uns gekämpft haben in unserem christlichen Metallarbeiterverband. Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Vor allem muß jeder Kollege nach Kräften beistehen, unsere Organisation auch in dieser Kriegszeit intakt zu halten. Wer in der gegenwärtigen Zeit der Organisation den Rücken kehren wollte, würde zum Verräter an denjenigen Kollegen, die auch für uns in den Kampf gezogen sind. Wir haben alle die heilige Verpflichtung, das, woran auch sie unermüdet und mit großen Opfern seit 15 Jahren gearbeitet haben, mit möglichst unverminderter Kraft und Stärke aufrecht zu erhalten, damit wir in alle Zukunft bleiben, was wir bisher gewesen sind, ein fester Hort und eine feste Schutzwehr für die christlich organisierten Metallarbeiter.

Reichshofen. (Elsaß). In unserem Grenzgebiet Elsaß-Lothringen löst der Krieg naturgemäß ganz andere Wirkungen aus, als im inneren Deutschland. Auch im hiesigen, erst vergangenes Frühjahr für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung erschlossene reichshofener Gebiet stehen die Hälfte der Kollegen unter den Fahnen.

Die Firma de Dietrich, der alle hiesigen Eisenwerke gehören und welche bei der Einführung unserer Organisation eine Anzahl Kollegen entlassen hatte, hat beim Beginn der Mobilmachung die Entlassenen wieder eingestellt, resp. den zur Fahne einberufenen Kollegen erklärt, daß alles vergessen sein soll und sie auch nach dem Kriege wieder eingestellt würden. Selbstverständlich haben unsere Kollegen die ihnen dargebotene Hand zum Frieden freudig angenommen. Diese von Herrn Baron de Dietrich persönlich angeordnete Wiedereinstellung der Entlassenen ist nicht nur von der Arbeiterchaft, sondern auch von allen Bürgern herzlich begrüßt worden.

Auch die Hinterbliebenen der zur Fahne einberufenen Arbeiter erhalten von der genannten Firma eine ansehnliche Unterstützung, und zwar erhält die Frau 10 und jedes Kind 5 Mark monatlich während des Krieges.

Kollegen von Reichshofen und Umgebung! Ihr wißt alle, die Ihr nicht zur Fahne einberufen seid, unter welcher schweren Opfern und Kämpfen mit Hilfe der jetzt unter der Fahne stehenden Kollegen die christliche Gewerkschaftsbewegung eingeführt wurde. Mander jetzt im Felde stehende Kollege hat in Sorgen um die Organisation von Euch Abhängig genommen. Es liegt an Euch, jetzt zu zeigen, daß diese Sorgen unabhing gewesen sind. Dies könnt Ihr, wenn sich alle Zurückgebliebenen noch enger und fester zusammenschließen und freudig und opferwillig den christlichen Metallarbeiterverband hoch halten. Gediehet dies, und das hoffen alle, dann wird das Wiedersehen nach dem Kriege für unsere im Felde stehenden Kollegen eine doppelte Freude sein.

Stalder. Eine besondere Auffassung von Patriotismus scheint die Leitung der Zinkhütte Münsterbuch zu haben, indem sie die augenblickliche wirtschaftliche Depression dazu benutzt, den Arbeitern die Löhne zu schmälern. Derselbe Anschlag wurde den Arbeitern folgendes bekannt gemacht:

Bekanntmachung.

Um den Betrieb in demselben Umfange durchführen zu können und erhebliche Arbeiterentlassungen zu vermeiden, werden wir bis auf weiteres kleine Lohnreduzierungen einleiten lassen. Von Dienstag, den 1. September 1914, ab werden die Ofenkammer, Stroh-, Kanal- und Ackerhauer, Zugsreiger, Spiger,

Maurer und Handlanger sowie alle Arbeiter, die noch in voller Schicht arbeiten, einen Abzug von 15 Prozent ihres Gesamtlohnes erhalten, so daß statt des vollen Lohnes nur 85 Prozent ausbezahlt werden. Die Löhne werden genau so berechnet wie früher. Er bleibt also die Zinkprämie in derselben Höhe wie vorher bestehen. Die Ofenarbeiter haben es also in der Hand, durch fleißiges, sauberes und gewissenhaftes Arbeiten das Zinkaufbringen und damit durch eine erhöhte Zinkprämie ihre Bezüge zu erhöhen.

Zinkhütte, den 29. August 1914.

Sonnabend.

Man kann in der gegenwärtigen Kriegszeit gewiß nichts bagagen einwenden, wenn die Arbeitszeit und damit der Lohn verkürzt wird, um alle Arbeiter weiterbeschäftigen zu können. Doch davon ist keine Rede in dem Anschlag. Im Gegenteil, am Schlusse werden in der Bekanntmachung die Arbeiter sogar aufgefordert, mehr zu produzieren als bisher, und trotzdem wird ihnen ein Lohnabzug von 15 Prozent angekündigt. Diese Maßnahme kann auch nicht diktiert sein durch Preisrückgänge. Die Handelspresse berichtet von steigenden Zinkpreisen, und wenn die Hüttenleitung selber an einen Abzugaückgang glaubte, dann würde sie nicht zu größerer Produktion auffordern. Die Bekanntmachung ist darum ein Widerspruch in sich und der Lohnabzug ist durchaus unbegründet. Das scheint auch die Hüttenleitung selber einzusehen.

Um den Arbeitern diesen Anschlag besonders schmackhaft zu machen und um dieselben von dem patriotischen Sinn der Direktion zu überzeugen, hatte der Betriebsleiter die Arbeiter zu einer Versammlung auf Montag, den 31. August, eingeladen. Die Begründung des Vorgehens der Direktion schien den Herren recht schwer zu fallen. Einmal war es der schlechte Abzug von Zink, ein anderes Mal die Knappheit an Kohle, die herhalten mußte. Weder das eine noch das andere rechtfertigt das Vorgehen der Firma. Wenn heute das gesamte deutsche Volk und nicht zulezt die Angehörigen des Arbeiterstandes schwere Opfer für das Vaterland bringen, so würde es auch nichts verschlagen, wenn die Herren Aktionäre der Zinkhütte Münsterbuch sich durch Kürzung der Dividende an diesen Opfern beteiligten. Und wenn in jener schwerer Zeit uns Einigkeit und wahrer Patriotismus nützt, so ist es doppelt zu verurteilen, wenn durch Vorkommnisse, wie oben geschildert, der deutsche Arbeiter erbittert wird. Auch ist es mehr wie Hohn, wenn man die Arbeiterchaft antreiben will, durch fleißiges und gewissenhaftes Arbeiten den alten Lohnsatz zu erzielen. Dieses Ansinnen stellt man an eine Arbeiterchaft, die schon lange am Rande ihrer Leistungen angelangt ist und deren Lohnverhältnisse mit den Leistungen gar nicht in Einklang zu bringen sind. Dieser Lohnabzug ist um so empfindlicher, weil erst am 7. Juli d. J. ein solcher erfolgte.

Erneut rufen wir den Zinkarbeitern zu: Nehmt euch ein Beispiel an der deutschen Einigkeit, die uns in den letzten Wochen den Feind bezwungen hat und uns von Sieg zu Sieg führte. Auch für den Zinkarbeiter wird der wirtschaftliche Sieg nur durch Geslossenheit und Einigkeit errungen werden. Diese Einigkeit wird nur dann Geltung haben, wenn der letzte Zinkarbeiter sich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließt.

Geldbeingänge bei der Hauptkasse

Monat August

- Mülken 571,29, Bremen 184,05, Flensburg 589,42; München 218,36, Hannover 357,23, Olpe 600,82, Rottenburg 200, Kottowitz 418,63, Osterode 69,85, Siegen 1549,58, Ulme 266,51, Ravensburg 249,01, Bremen 3, Hildesheim 482,29, Kottweil 52, Duisburg 1392,55, Worms 61,05, Ulm 200, Lrieberg 160,90, Wallau 267,23, Gelsenkirchen 350, Wauzen 61,22, Obereichstädt 88,70, München 202, Wiesbaden 128,24, Hanau 59,64, Singen 312,71, Oberndorf 169,31, Altdilling 100, Bromberg 49,11, Dortmund 583,26, Essen 3000, Furtwangen 114,83, Bremen 120, Bochum 250, Lauterbach 2,55, Mülheim-Oberhausen 400.

Sterbetafel

- Kasselerstr. Am 31. August verschied unser langjähriger treuer Kollege Michael Keller, Schmied, im Alter von 58 Jahren an Asthma.
- Waldenburg (Südost). Unser lieber Kollege Ernst Höfke starb am 24. August nach schwerer Krankheit im Alter von 44 Jahren an Magenleiden.
- Folgende Kollegen starben den Heldentod für das Vaterland: Albert Hirsch, Mannheim, Joseph Stricker, Mannheim, Robert Licht, Wforzheim.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender

- Kollegen und Kolleginnen!
- Versamt ohne Grund keine Versammlung!
- Sonn'ag, den 13. September.
- Oberhausen. Nachmittags 3 1/2 Uhr bei Kemmerling, Königsstraße-Düppelstraße.
- Sonn'ag, den 20. September.
- Gelsenkirchen. Morgens 10 1/2 Uhr bei Dirkes, Vereinsstr. 59, allgemeine Versammlung.
- Gladbeck i. W. Nachmittags 4 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Ganz vorzüglich und speziell für kurze Pfeifen sind die berühmten Sorten

Knirps-Brüll

Nr. 25 1/2 Pfd. 25
Nr. 30 1/2 Pfd. 30

Reberall käuflich!

Odenkott — Nees am Rhein.

Prima Nusschinken

per Pfd. 1.20 Mt. Durchschn. Speck, u. Pfd. 85 Pfg. Weitzwurst, hart, Breckwurst, Leberwurst u. Pfd. 70 Pfg. Kaiserjagdwurst und Breckwurst u. Pfd. 90 Pfg. Cervelatwurst u. Salami per Pfd. 1.20 Mt. empfiehlt per Nachnahme Carl Böger, Wurstfabrik, Glogau.

! Kollegen !

Agitiert für den Verband.